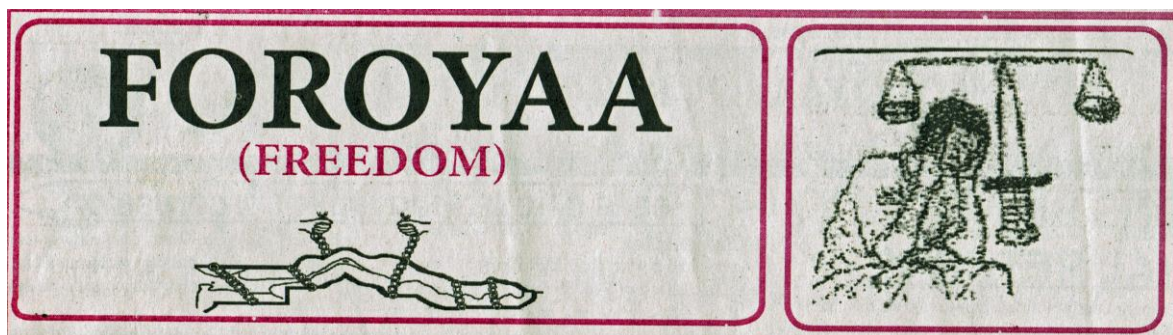


**Präsidentenwahlen, Todesstrafe und Meinungsfreiheit in Gambia/ Westafrika:
Nicht nur den USA steht eine Kehrtwende und ein möglicher Neubeginn
zum Jahresanfang 2017 bevor**

Während nach den Präsidentenwahlen in den USA vermehrt kritische Stimmen laut wurden, die eine negative Entwicklung sowohl des allgemeinen Rechtssystems als auch bezüglich der Todesstrafe und Pressefreiheit befürchten, stieg die Hoffnung einer Nation auf ein gerechteres und ein freieres Leben unter menschenwürdigen Bedingungen an einem ganz anderen Fleck dieser Welt. Denn nicht nur in Amerika standen zum Ende des letzten Jahres Neuwahlen an, sondern auch in Gambia, dem kleinsten Flächenstaat Afrikas. So wurde nur wenige Wochen nach dem Wahlsieg Donald Trumps im Dezember letzten Jahres auch in der kleinen westafrikanischen Republik das neue Staatsoberhaupt gewählt. Nahezu zeitgleich hofften damit verschiedene Nationen unterschiedlichster Herkunft wie auch Menschenrechtler aus aller Welt auf eine mögliche Kehrtwende und einen Neubeginn. Für die Bürger Gambias eine große Überraschung: Denn erstmals seit über 20 Jahren verlor der noch amtierende Präsident Yahya Jammeh die Wahl.



Die Umriss Gambias in Ketten gezeichnet:

Auch die lokale Zeitung „Foroyaa“ kämpft seit Jahren für die Freiheit des Landes und der Bürger und hofft auf mehr Gerechtigkeit – die Hoffnung hierauf war noch nie so groß wie seit der Präsidentenwahl im Dezember letzten Jahres.

Man mag sich zunächst fragen, was das Schicksal eines derart kleinen Landes, das mit rund 11.300 Quadratkilometern flächenmäßig noch kleiner als Schleswig-Holstein ist, mit Europa oder gar Amerika zu tun hat. Zumal die Situation des Landes, ob aus wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Sichtweise betrachtet, „nur“ rund 1,7 Millionen Einwohner betrifft und damit im

weltweiten Vergleich eher bedeutungslos erscheint. Spätestens die Flüchtlingskrise zeigte jedoch einmal mehr, dass die Schicksale der einzelnen Menschen und damit verbunden die Situation in den Herkunftsländern direkt oder indirekt auch uns in Europa betreffen. So zählte auch Gambia zu den Ländern, in denen sich Tausende von Menschen für den Ausweg „per Boot“ über die bekannten Routen des Mittelmeers entschieden.

Neben Wirtschaftsflüchtlingen sahen sich politisch Verfolgte, insbesondere Regierungskritiker, schon lange vor der Flüchtlingskrise dazu veranlasst, ins Exil zu gehen. Oftmals flüchtete man in das benachbarte Senegal oder suchte entsprechend im europäischen oder amerikanischen Raum Schutz und Zuflucht. Denn Gambia zählt nicht nur zu den ärmsten Ländern Afrikas, sondern leidet seit Jahrzehnten unter dem diktatorischen Regime Yahya Jammehs, der sich vor 22 Jahren per Militär selbst an die Macht putschte und bekannt ist für seine Willkür und Unterdrückung. Zudem steht Gambia ebenfalls auf der traurigen Liste aller Nationen und Staaten weltweit, die an der Todesstrafe weiterhin festhalten. Diese ist nicht nur in der gambischen Verfassung weiterhin verankert, sondern wurde auch während der letzten zehn Jahre angewandt.

Nationale, afrikanische, internationale Menschenrechtsorganisationen als auch Organe wie die Vereinten Nationen setzen sich seit Jahren für eine Besserung der menschenrechtlichen Situation des Landes ein, die sich seit der gewaltsamen Machtübernahme Yahya Jammehs im Jahr 1994 kontinuierlich verschlechterte. Der ehemalige Soldat besitzt zwar keine höhere Schul- oder Universitätsausbildung, verlieh sich anstelle dessen jedoch selbst reihenweise eigene Titel. So sorgte seine Exzellenz Sheikh Professor Alhaji Dr. Yahya AJJ Jammeh Babili Mansa durch seine inzwischen bekannten wirren Aussagen und Überzeugungen, z.B. dass er Aids oder auch Ebola durch Kräuter, eigene Rezepturen und Gebete heilen könne, immer wieder für internationale Schlagzeilen.

Was Außenstehende die Köpfe schütteln ließ, hatte für das eigene Volk leidvolle Konsequenzen: Durch die systematische Unterdrückung der Meinungs- wie auch Pressefreiheit wagte es kaum ein Bürger der Allgemeinbevölkerung mehr, sich in der Öffentlichkeit über oder gar gegen den Präsidenten oder die Politik im eigenen Lande zu äußern. Über die Jahre hatte der Präsident für Angst und Schrecken gesorgt und auch die Liste aller Tatbestände, die mit jahrelangen oder lebenslänglichen Freiheitsstrafen als auch mit dem Tod geahndet werden können, kontinuierlich wachsen lassen. So führte er neben zahlreichen neuen Mediengesetzen auch das Verbot der Homosexualität ein. Neben willkürlichen und objektiv nicht nachvollziehbaren Festnahmen, war auch er es, der im Jahr 2012 nach

jahrzehntelanger exekutionsfreier Zeit erstmals wieder hinrichten ließ. 27 Jahre lang war zuvor kein einziges Todesurteil mehr ausgesprochen worden.

Gambische Dalasis Banknoten aus dem Jahr 2015:



Neben zahlreichen neuen Gesetzen ließ der seit 1994 amtierende Präsident Yahya Jammeh in Gambia auch neue Banknoten in den Umlauf bringen - nicht ohne sich selbst mit darzustellen.

Festnahmen und Verhaftungen von Oppositionellen und Meinungsbildnern gehörten unter der Führung Yahya Jammehs fast zur Tagesordnung und führten insbesondere vor anstehenden Präsidentschaftsneuwahlen zu regelrechten Verhaftungswellen. Neben Verhaftungen stieg auch kontinuierlich die Liste verschwundener und vermisster Journalisten und anderer Regierungskritiker, Radiosender unterlagen ungeklärten plötzlichen Brandstiftungen. Nicht verwunderlich daher, dass über die Jahre unter der diktatorischen Führung viele Parteien und Oppositionelle zu Neuwahlen erst gar nicht antraten. Willkür und Wahlmanipulation, auch die generelle Angst, sich gegen den Präsidenten auszusprechen, ließen die Aussicht auf einen Machtwechsel über demokratische Wege bereits im Vorfeld aussichtslos erscheinen und die Menschen zudem ständig um das eigene Leben bangen.

An einen friedlichen politischen Wechsel des Staatsoberhauptes hatte in Gambia somit kaum einer mehr geglaubt, denn Yahya Jammeh, der zuletzt das Land in eine islamische Republik umformen wollte, ließ wenige Türen offen, die eine Wahl unter fairen und demokratischen Bedingungen ermöglicht hätten. Die Überraschung war zu Beginn des Dezembers letzten Jahres damit entsprechend groß, als die Wahlkommission aus der Hauptstadt Banjul mitteilte, dass der inzwischen 51-jährige Yahya Jammeh stimmenmäßig seinem Oppositionskandidaten

Adama Barrow unterlag. So hatte der von sieben Oppositionsparteien unterstützte Adama Barrow 43,3 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten und der noch amtierende Präsident lediglich 39,6 Prozent. Ein Erfolg bereits, dass überhaupt gewagt wurde, sich den Wahlen zu stellen, und Teile der Bevölkerung sich trauten Gegenstimmen abzugeben.

Der Amtsantritt durch den neu gewählten Adama Barrow würde fast zeitgleich wie die Donald Trumps in diesem Monat des neuen Jahres erfolgen. Es wäre sowohl der erste gewaltfreie Machtwechsel als auch der erstmalige Schritt in Richtung Demokratie seit der Unabhängigkeit Gambias im Jahr 1965. Eine entscheidende Kehrtwende, die Adama Barrow, der im gleichen Jahr der Unabhängigkeit seines Landes geboren wurde, sowie das eigene Volk erreichen würde. Doch man ist noch vorsichtig, ob es tatsächlich zu dem lang ersehnten Neubeginn kommen wird. Denn der noch weiterhin im Amt befindliche Präsident Yahya Jammeh hat bereits die Wahl angefochten. Befürchtet werden erneute militärische Unruhen, gewaltsame Übergriffe wie auch willkürliche Festnahmen.

Das Ausland verurteilte bereits vehement die Reaktion des Präsidenten. So forderte das Nachbarland Senegal eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates und eine friedliche Machtübergabe an den gewählten Adama Barrow. Auch das amerikanische Außenministerium warf Yahya Jammeh einen „ungeheuerlichen Versuch, ungerechtfertigt an der Macht zu bleiben“ vor sowie einen „verwerflichen und inakzeptablen Vertrauensbruch gegenüber dem Volk von Gambia“.

Somit hofft man weiterhin in der westafrikanischen Republik, dass es zu einem Neubeginn und einer Kehrtwende in Richtung Demokratie kommen wird und die Bürger in Freiheit, unter Achtung der Menschenrechte und ohne Unterdrückung leben werden. Wenn auch in nicht vergleichbarem Maße, so scheint es dennoch absurd, dass man genau in den USA die Pressefreiheit in Gefahr sieht und damit eine Verletzung der demokratischen Grundprinzipien durch das neu gewählte Staatsoberhaupt.

Aus menschenrechtlicher Sicht wünscht man wohl beiden Nationen, dass das höchste Gut des Menschen – das eigene Leben – sowie das Recht auf Freiheit, darunter auch die des gesprochenen und geschriebenen Wortes, gewährt und geschützt wird. Und natürlich ein Leben mit weniger Gewalt und ohne Unterdrückung und insbesondere: Nicht noch mehr Blutvergießen.

Weiterführende Informationen bezüglich der amerikanischen Präsidentschaftswahlen finden Sie auch im Nachrichtenarchiv der offiziellen Webseite der Initiative gegen die Todesstrafe und in vorherigen Blog-Texten.

Quellen, weiterführende Informationen, Texte und Literaturhinweise zu den Wahlen in Gambia und der Situation des Landes:

PEN America, Amnesty International, Cornell Law School: Death Penalty Database, abgerufen am 31. Dezember 2016; "Gambias Langzeit-Herrscher verliert erstmals Wahl", Zeit Online vom 2. Dezember 2016; "Präsident Jammeh will Niederlage doch nicht anerkennen", F.A.Z online vom 10. Dezember 2016; „Gambia´s elections give hope for Africa´s democracies“, The Washington Post vom 8. Dezember 2016; "Todesstrafe in Gambia: Präsident Gnadenlos", Spiegel online vom 20. September 2012; "The plight of Gambian exiled journalists", Doha Centre for Media Freedom, 2013; „Detention without trial, disappearance without trace continues unabated in the Gambia“, Foroyaa vom 26. Oktober 2015; "Halifa Sallah writes to attorney general on the unconstitutional declaration of Gambia as an Islamic Republic", Foroyaa vom 17. Dezember 2015; "Gambia: Migration in Africa´s "Smiling Coast", MPI, Migration Policy Institute vom 15. August 2013.